

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher neue Zeitung. 1947-1949 1949

65 (1.4.1949)

KARLSRUHER NEUE ZEITUNG

Süddeutsche Allgemeine

ersch. täglich, außer Donnerstagen und Sonntagen. Redaktion: Verlagsanstalt, Vertrieb und Druck: Karlsruhe, Waldstraße 28. Telefon 223021. (Vorgang Presse) Anzeigenannahme: Karlsruhe, Kaiserstr. 45. Telefon 8549. Druck: Pflanzstraße 41, Erlangen, Leopoldstraße 5. Telefon 36. Kein Einzugspauschal bei Störung durch höhere Gewalt.

Bezugspreis monatlich DM 1,40 einschließlich Trägergebühr. Postzustellung DM 1,20 zuzüglich Zustellgebühr. — Anzeigenpreise: Die sechsseitige 46 mm breite Millimeterzeile Millimeter-Grundpreis DM — 80. Im Übrigen siehe zur Zeit gültige Preisliste Nr. 3 a. — Postcheckkonto: Postcheckamt Karlsruhe Nr. 80335.

3. Jahrgang / Nummer 65

Karlsruhe, Freitag, 1. April 1949

Einzelpreis 20 Pfennig

51 Tote durch Minen-Explosion

TOKIO, 31. März (UP) In Nadschi, zirka 200 km nordöstlich Tokio, wurden durch die Explosion einer gegen den Hafenkanal treibenden Seemine 51 Personen getötet. Darunter befanden sich 48 Kinder. Weitere 115 Personen wurden verletzt.

Waffenruhe in China

NANKING, 31. März (UP) Der Ministerpräsident Chiang, Ho Jungo Tschu, ordnete an, daß die Truppen der Zentralregierung ihre gegenwärtigen Positionen nicht verlassen dürfen, damit die Friedensverhandlungen mit den Kommunisten nicht gefährdet werden. Die Friedensdelegation der Regierung wird sich am Freitag unter Führung Tschang Tschih Tschu nach Peiping begeben, um die Verhandlungen mit den Kommunisten aufzunehmen. Auch die Kommunisten sollen sich damit einverstanden erklärt haben, daß die Kämpfe während der Verhandlungen ruhen sollen.

Portugal zum Atlantikpakt

WASHINGTON, 31. März (DENA) Portugal hat beschlossen, wie Reuter zufolge in Washington aus maßgeblicher Quelle verlautet, dem Atlantikpakt beizutreten. Auch das isländische Parlament billigte, wie laut AFP in Reykjavik bekannt wurde, mit 37 gegen 15 Stimmen den Beitritt Islands zum Atlantikpakt.

US-Offizier vor Gericht

ANSBACH, 31. März (DENA) Der Direktor der US-Militärregierung von Dinkelsbühl-Feuchtswang, John R. Ward, wurde am Mittwoch von dem amerikanischen Bezirksgericht Ansbach wegen Verstoßes gegen die Straßenverkehrsordnung und fährerlässiger Körperverletzung zu sechs Monaten Gefängnis und 500 Dollar Geldstrafe verurteilt. Er erhielt Bewährungsfrist zugesprochen. Ward, der sich schuldig bekannte, verursachte am 18. März mit seinem Kraftfahrzeug auf der Straße zwischen Dinkelsbühl und Ansbach einen Verkehrsunfall, bei dem zwei Radfahrer erheblich verletzt wurden. Mit Ward wurde zum erstenmal ein Offizier der amerikanischen Militärregierung von einem US-Gericht wegen eines Vergehens gegen ein deutsches Gesetz verurteilt.

Deutsche für Griechenland

BERLIN, 31. März (DENA) 70 Angehörige der in Forst-Lausitz kasernierten Polizeibereitschaft haben sich nach einer Mitteilung aus unterrichteten Kreisen der Verwaltung des Innenministeriums für eine zweijährige Dienstzeit nach Griechenland verpflichtet. Bei diesen Polizisten handelte es sich um Jahrgänge 1925 bis 1928. Ihr Abtransport soll in Kürze erfolgen.

Vorsitzender des DB verurteilt

MÜNCHEN, 31. März (SAZ-Eig-ber.) Das Landgericht München I erließ gegen den Vorsitzenden des Deutschen Blocks, Karl Meißner, eine einjährige Gefängnisstrafe. Bei Strafeinziehung mit 6 Monaten Gefängnis Höhe wird Meißner u. a. verboten, weiterhin öffentlich zu behaupten, daß der Landesvorsitzende der SPD Bayern, Waldemar von Koerpingen, sich als Spion und Landesverrat, beteiligt und am englischen Rundfunk gegen Deutschland gesprochen habe. Meißner darf weiter von Koerpingen nicht einen „unauberen Politiker“ nennen oder ihn auf andere Art in der Öffentlichkeit diffamieren. Meißner muß die Kosten des Verfahrens, dessen Streitwert auf 5000 DM festgesetzt ist, tragen. — xh.

Das 26. Kind in 27 Jahren

MONCEAU-LES-MINES, 31. März (UP) Hier schenkte am Donnerstag eine Frau dem 26. Kind innerhalb von 27 Jahren das Leben.

Welt-Rundschau

MONTREAL. Zwischen Kommunisten und Polizeibehörden kam es zu einer Straßenschlacht. Zahlreiche Personen wurden verletzt. Über 20 Anführer der Kommunisten wurden verhaftet (sp.). — LIMA. Am Dienstag ging über Lima seit mehr als fünf Jahren zum erstenmal wieder ein Regen nieder (sp.). — CAMBRAL. Französische Zollbeamte fanden in einem Auto, das die Grenze überqueren wollte, Barren Gold und Goldsäckchen im Gesamtwert von 22 Millionen Francs. In einem Taxi beschlagnahmte die Polizei Schweizer Goldstücke und Nylonstrümpfe im Werte von 3 Millionen Francs. — KAIRO. Durch den Einsturz des Daches eines mohammedanischen Schulhauses wurden 13 Schüler getötet und acht schwer verletzt. — TEHERAN. Sowjetische Grenztruppen sind einer Meldung der Zeitung „Ehlesat“ zufolge etwa 80 km weit in iranisches Gebiet einmarschiert und haben iranische Soldaten angegriffen, wobei ein iranischer Soldat getötet wurde. — BATAVIA. Auf Sumatra wurden zwei militärische Beobachter der UNO ermordet (sp.). (Alle nicht gekennzeichneten Nachrichten DENA)

Demontage-Gespräche enden mit Kompromiß

Kommunique über den Abschluß der Londoner Besprechungen — Demontageliste durch Dreimächteübereinkommen erzielt

LONDON, 31. März (DENA-Reuter) Nachdem auf Grund von Meinungsverschiedenheiten über die Frage, bis zu welchem Grade Einzelheiten des von den Delegationen Frankreichs, der Vereinigten Staaten und Großbritanniens erreichten Übereinkommens über die Demontage in Westdeutschland veröffentlicht werden sollten, am Donnerstag verhandelt worden war, beschlossen die drei Mächte schließlich in ihrer Abend Sitzung im britischen Außenministerium, ein kurzes Kommuniqué herauszugeben, in dem mitgeteilt wird, inwieweit bisher Einvernehmen erzielt wurde.

Eine Übereinkunft, die bereits zu Beginn dieser Woche erzielt wurde, umfaßt auch eine revidierte Liste der für Deutschland verbotenen Industrien. Ferner soll es, wie es heißt, vorsehen daß über 155 deutsche Fabrikanlagen in den Westzonen von der Demontage ausgenommen werden. Ursprünglich hatte Frankreich eine umfassendere Erklärung zur Veröffentlichung vorge schlagen, während Großbritannien und die Vereinigten Staaten dafür eintraten, die Einzelheiten des Abkommens zunächst der interalliierten Reparationsbehörde in Brüssel zur Kenntnis zu bringen.

Das Kommuniqué, das am Donnerstag von dem Leiter der Deutschland-Abteilung des britischen Außenministeriums, Sir Ivone Kirkpatrick, dem französischen Botschafter René Massigli und dem US-Botschafter Lewis Douglas gebilligt wurde, hat folgenden Wortlaut:

„Die Londoner Diskussionen zwischen Vertretern der Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten über den Bericht des Humphrey-Ausschusses bezüglich der Reparationen und der zukünftigen Verbote und Beschränkungen der deutschen Industrien sind nunmehr zum Abschluß gelangt. Von den Delegationen gebilligte Empfehlungen sind den betreffenden Regierungen zur Erörterung übermittelt worden. Einzelheiten des Abkommens werden sobald als möglich veröffentlicht werden.“

Der von Marshallplan-Administrator Paul Hoffman eingesetzte Humphrey-Ausschuss hatte Anfang dieses Jahres empfohlen, 117 westdeutsche Industriebetriebe im Interesse der wirtschaftlichen Gesundung Europas von der Demontage auszunehmen. Großbritannien und Frankreich hatte diese Zahl als zu hoch abgelehnt. Nach dem nunmehr zustande gekommenen Abkommen sollen die drei Mächte sich auf einen Kompromiß geeinigt haben, wonach etwas weniger als 100 ursprünglich für die Demontage vorgesehene Betriebe in Deutschland belassen werden sollen. Die Betriebe, die nun doch noch demontiert werden sollen, sind jedoch, wie verlautet, die wertvollsten von denen, die auf der Liste des Humphrey-Ausschusses aufgeführt sind.

Bei der Revision der Liste der verbotenen und eingeschränkten deutschen Industrien sollen die Vereinigten Staaten den britischen Einwänden gegen einen uneingeschränkten deutschen Schiffbau weitgehend entgegengekommen sein. Im allgemeinen autorisierte Londoner Beobachter berichten, daß Deutschland auf Grund dieses neuen Abkommens Schiffe bis zu 7000 BRT und einer Geschwindigkeit von 12 Knoten bauen darf. Eine umfassende Revision der bestehenden Liste anderer verbotener oder eingeschränkter deutscher Industrien soll gleichfalls geplant sein. Die Produktion gewisser Artikel,

Zuständige Kreise in London erklären, die Sowjetunion habe sich in zahlreichen Punkten in ihrer Besatzungszone in Deutschland nicht an die Liste gehalten. Daher seien die Westmächte gezwungen, unabhängig von der Sowjetunion zu handeln und die allgemeinen europäischen Bedürfnisse der Gegenwart zu berücksichtigen.

Die zur Zeit erlaubte Höhe der deutschen Stahlproduktion von 10,7 Millionen Tonnen wird ungeschert der neuen Abmachung bestehen bleiben, die praktisch die gesamte deutsche Stahlproduktionskapazität — nicht zu verwechseln mit der erlaubten Produktion — um zwei Millionen Tonnen erhöhen wird. Dieses Anwachsen wird unter Umständen in absehbarer Zeit zu einer deutschen Forderung auf Erhöhung der erlaubten Stahlproduktion führen.

Es könnte ferner dazu führen, daß man deutscherseits um einen größeren Anteil an Schrottzuteilungen für Westdeutschland nachsuchen wird, die jetzt zum größten Teil nach Großbritannien gehen.

Gewerbefreiheit-Direktiven

FRANKFURT, 31. März (DENA) General Clay hat eine neue Direktive zu der OMGUS-Erklärung über die Zulassung von Geschäfts- und Handelsbetrieben und freien Berufen herausgegeben. In einer offiziellen Er-

klärung heißt es, daß die Direktive solle klären, was die Militärregierung unter Betrieben des öffentlichen Gesundheitswesens, der öffentlichen Sicherheit und der öffentlichen Wohlfahrt (deren Zulassung im öffentlichen Interesse liegt), versteht und wie die Länderregierungen bei der Lizenzierung derartiger Unternehmen vorgehen sollen. Die neue Direktive soll die bisher auf diesem Gebiet verkündeten Grundsätze nicht verändern.

Heimkehrer-Liste

Wir veröffentlichen auf Seite 3 unserer heutigen Ausgabe die Namen von Rußland-Heimkehrern, die gestern im Durchgangslager Ulm eintrafen und im engeren Verbreitungsgebiet der SAZ wohnhaft sind.

Deutsche Arbeiter nach Island

LÜBECK, 31. März (UP) Der isländische Vizekonsul in Lübeck gab bekannt, daß er 200 junge Deutsche anwerben will, die Lust haben, als Landarbeiter nach Island zu gehen. Zwei Drittel von ihnen sollen Mädchen oder junge Frauen sein. Falls seine Aktion Erfolg haben sollte, werde seine Regierung späterhin eine weitläufigere Zahl von Deutschen ins Land holen.

Landtags-Debatte über den „Fall Kienle“

CDU und DVP schlagen Wechsel in der Leitung der Landespolizei vor — Innenminister Ulrich hat das letzte Wort

Eigenbericht unserer Stuttgarter Redaktion

STUTT GART, 31. März. Der Landtag beschäftigte sich in seiner Mittags Sitzung mit den Ergebnissen der Arbeit des Untersuchungs-Ausschusses in Sachen des Landespolizei-Direktors Dr. Kienle. Grundlage der dreistündigen Debatte bildeten ein Mehrheitsbericht und ein Minderheitsbericht, in denen die Auffassungen von 8 bzw. 4 Ausschlußmitgliedern niedergelegt worden sind. Schließlich einigte sich das Haus mit übergroßer Mehrheit darauf, auf Innenministerium zu eruchen, auf Grund der Verhandlungsergebnisse eine Entscheidung zu treffen. Abg. Bausch gab im Namen der CDU-Fraktion die Erklärung ab, es habe sich erwiesen, daß ein parlamentarischer Ausschuß nicht geeignet sei, Feststellungen zu treffen, die einem formalen Verfahren zur Entscheidung hätten überlassen bleiben müssen. Die CDU hätte es begrüßt, wenn die Regierung von sich aus eine befriedigende Endlösung der Angelegenheit gefunden hätte. Der Ausschuß habe sich die größte Mühe gegeben, jedoch habe er bedauerlicherweise nicht restlos aufklärend wirken können. Die

CDU stehe geschlossen auf dem Standpunkt, daß vor allem in der Führung der Polizei in höchstem Maße Sauberkeit und Ordnung zu herrschen hätten. Sie müsse sich fest in der Hand des Ministers befinden und in jeder Beziehung ein Vorbild sein, damit die Allgemeinheit keinen Schaden erleide. Dr. Kienle habe eine große Aufgabe zu lösen gehabt und sich dabei große Verdienste erworben. Es dürfe aber nicht übersehen werden, daß das Innenministerium veranlaßt gewesen sei, sein Verhalten in mehreren Fällen zu beanstanden. Besonders in personalpolitischer Beziehung habe Dr. Kienle Fehlentscheidungen getroffen. Heute könne sich die CDU noch kein abschließendes Urteil erlauben, sie halte sich aber für verpflichtet, nicht zu verschweigen, daß sie aus allgemein-politischen Gründen einen Wechsel in der Leitung der Landespolizei für geboten halte.

Anschließend verlas Präsident Keil einen Brief des erkrankten Ministerpräsidenten, in dem dieser ausführte, in dem Fall Kienle trage nicht nur das Innenministerium, sondern die Regierung die Verantwortung. Er fühle sich mit Minister Ulrich solidarisch und habe die Absicht, in dieser Angelegenheit vor dem Landtag nach seiner Genesung persönlich Stellung zu nehmen.

Als Bericht des Minderheitsberichts referierte Abg. Lausen (SPD). Der positive Extrakt des langwierigen Verfahrens sei, so sagte er, gemessen an der Arbeit recht bescheiden und reiche zu einer Verdammung Kienles nicht aus. Was auf politischem Gebiet nach 1945 unter großen Anstrengungen aufgebaut worden sei, habe durch die Aufbauschung dieses Falles durch die Presse großen Schaden erlitten. Die Polizei selbst habe trotz aller späteren Rehabilitierungsversuche in ihrem Ansehen gelitten. Lausen zitierte dann einige in scharfer Form gehaltene Artikel zu diesem Thema und sagte, das „Dokument

Mehl“, das die Grundlage zu der Untersuchung bildete, habe das Klima geschaffen, das zu einem Angriff auf den Posten des Polizeidirektors notwendig gewesen sei. Die SPD lege Wert darauf, die Unklarheiten aufzudecken. Es gehe ihr dabei nicht so sehr um Dr. Kienle, wie darum, die im Hintergrund spielenden Dinge zu erhalten. Das Exposé Mehl's sei ein übles Machwerk. Außer Fehlern in formeller Hinsicht könne man Dr. Kienle nichts nachweisen und es wolle nichts besagen, wenn man unter 3000 Fällen nur 5-6 zu beanstanden habe. Außerdem habe Kienle keine Entscheidungen zu seinem Vorteil getroffen. Jeder im politischen Leben Stehende sei täglich der Gefahr ausgesetzt, irgendwelcher auch aus den Fingern gezogener Sünden beschuldigt zu werden. Dr. Kienle müsse man nach seinen Leistungen bemessen, die vom gesamten Ausschuß anerkannt worden seien. Im übrigen trage der Innenminister die politische Verantwortung. Der Landtag habe nicht das Recht, ihm eine gebundene Marschrichtung in der Personalpolitik zu geben. Wenn ihm diese nicht zusage, so solle er von seinem parlamentarischen Recht Gebrauch machen. Es sei jedoch im Ausschuß klar zum Ausdruck gekommen, daß gegen Minister Ulrich nicht das geringste Mißtrauen bestehe.

Den Standpunkt der DVP erläuterte Abg. Dr. Keßler (Karlsruhe), der einwangs unterricht, er habe den Vorteil, daß er als Karlsruhe der Stuttgarter Atmosphäre entrückt sei. Man könne sich dort nicht des Eindrucks erwehren, daß hier Dinge verhandelt würden, die allein in Stuttgart verständlich seien. Man möge die Resonanz des Landes nicht verkennen und „die Freunde aus Stuttgart mögen ihre Positionen nicht überschätzen“. Nüchtern und objektiv betrachtet sei auch aus dem Minderheitsbericht zu entnehmen, daß noch eine Reihe von Erhebungen notwendig und vom Innenministerium dann eine Entscheidung getroffen werden müsse. Die DVP vertrete wie die CDU die Auffassung, der Posten des Polizeidirektors bilde einen neuralgischen Punkt des Staates. Beim Studium der Ausschlußberichte falle auf, daß in den Abstimmungen sich das politische Kräfteverhältnis widerspiegeln. Die Frage, ob ein Mann anständig sei oder nicht, müsse doch von allen gleich beantwortet werden. So sei die Vermutung gerechtfertigt, daß nicht rein sachliche Beurteilung, sondern politische Beweggründe bewußt mit-

(Fortsetzung auf Seite 2)

Friedrich Bergius †

BUENOS AIRES, 31. März (UP) Friedrich Bergius, ein bekannter deutscher Wissenschaftler und Industrieller, Inhaber des Nobelpreises, starb hier am Mittwoch im Alter von 63 Jahren. Bergius erhielt im Jahre 1931 den Nobelpreis für Chemie, nachdem es ihm gelungen war, Benzin aus Kohle und Zucker aus Holz zu gewinnen. Bergius trat vor etwa einem Jahr in Argentinien ein, um im Auftrag der argentinischen Regierung Forschungsarbeiten durchzuführen.

Tschukow wird Nachfolger Sokolowskis

Personalveränderungen im Kreml halten an — Überträgt Stalin seine Ämter?

LONDON, 31. März (UP) Laut Radio Moskau hat der Ministerrat der UdSSR den Marschall der Sowjetunion, V. D. Sokolowski, zum ersten Stellvertreter des Ministers für die Streitkräfte ernannt. Er wurde gleichzeitig von seinen Pflichten als Oberbefehlshaber der sowjetischen Besatzungstreitkräfte in Deutschland entbunden. Der Ministerrat der UdSSR hat den General W. I. Tschukow zum Oberkommandierenden der sowjetischen Besatzungsgruppen in Deutschland und zum Chef der sowjetischen Militäradministration in Deutschland ernannt.

Das letzte im Westen bekannte militärische Kommando General Tschukows war die Leitung der Militäradministration in Thüringen. Tschukow wurde 1942 als Organisator der 62. sowjetischen Armeegruppe bei Stalingrad bekannt.

Wie DENA weiter meldet, haben die Hintergründe der einschneidenden personalen Veränderungen in der sowjetischen Führung nach den inzwischen bei den zuständigen Stellen in London eingegangenen Berichten ihre Ursache in der Absicht Stalins, auf Grund seines Gesundheitszustandes seine Ämter praktisch an seine Nachfolger zu übertragen, schreibt der Londoner Korrespondent des Berliner „Kurier“ am Mittwoch.

Er erinnert an eine Unterhaltung eines hohen britischen Offiziers mit dem Stabschef von Marschall Sokolowski, General Malinin, anlässlich eines Empfangs beim sowjetischen Stadtkommandanten vor etwa einem Jahr, in der Malinin, nachdem Champagner, Wodka und Whisky reichlich geflossen war, dem britischen Offizier ein Staatsgeheimnis anvertraut habe. Danach habe man in den führenden sowjetischen Kreisen große Sorge um Stalin, dessen Gesundheitszustand außerordentlich schlecht sei. Nur durch regelmäßige Injektionen werde Stalin, der bereits drei Schlaganfälle erlitten habe, in die Lage versetzt, wenigstens vorübergehend an Sitzungen oder öffentlichen Veranstaltungen teilzunehmen. Man habe, so schreibt der Korrespondent weiter, seit einigen Monaten gewußt, daß Stalin die Übertragung seiner Ämter an seine Nach-

Putz in Syrien gefährdet Waffenstillstand

Syrische Regierung von anti-zionistischen Militärs gestürzt

AMMAN (Transjordanien), 31. März (UP) Die syrische Regierung des Ministerpräsidenten Schukri el Kuwattil wurde gestürzt. Anti-zionistische Militärs haben die Regierungsgewalt an sich gerissen und haben über ganz Syrien den Kriegszustand verhängt. General Husni al Zaim, der Oberbefehlshaber der syrischen Streitkräfte, wird als Anführer dieser Revolte bezeichnet. Der Umsturz wurde durchgeführt, nachdem Polizisten auf Studenten schossen, die sich zu einer anti-jüdischen Demonstration versammelt hatten.

Durch den Staatsstreich des syrischen Militärs wurden die Pläne der Regierung, mit Israel über den Abschluß eines Waffenstillstandes zu verhandeln, jäh durchkreuzt. Dieser Putsch kann ohne weiteres als der schwerste Schlag bezeichnet werden, der den Friedensbemühungen des amtierenden UN-Vermittlers, Dr. Bunche, bisher versetzt wurde.

Wie aus Damaskus berichtet wird, hat die syrische Armee die Kontrolle der Stadt vollkommen in der Hand. Starke Patrouillen und feuerbereite Geschütze inmitten der Stadt zeigen die militärische Bereitschaft. Fußgänger und Privatwagen dürfen sich in der Stadt nur mit schriftlicher Erlaubnis des Armee-Hauptquartiers bewegen. Der Putsch geschah ohne Blutvergießen. Die Grenzen sind zur Zeit hermetisch verschlossen. Staatspräsident Kuwattil ist in einem Militärkrankenhaus interniert. Die Führer des Aufstandes versuchen angeblich, ihn zum Rücktritt zu veranlassen. Die Führer der Aufständischen sind alle als Gegner der Kommunisten bekannt. General Husni al Zaim wird von ausländischen Militärkreisen als ein fähiger Militär angesehen. Er hat, so sagt man hier, die erste Revolution ohne Blutvergießen im Mittleren Osten durchgeführt.



Süddeutsche Allgemeine

Nummer 65 / Freitag, den 1. April 1949

Vertrauen — trotz Kienle

Stuttgarter Journalisten sind vor nunmehr weithin 1½ Jahren anungewohnt die Entdecker einer schwelenden Krise innerhalb der Leitung der Landespolizei geworden, die in diesen Tagen in öffentlicher Debatte im Landtag ihren schmerzhaften Höhepunkt erreicht, die aber erst mit der noch ausstehenden Entscheidung des Innenministeriums so oder so anzuwenden werden wird. Die sich auf eine besondere Exposé eines hohen Polizeibeamten stützende teilweislich motivierte Angriffe gegen den Leiter der Landespolizei, die den Staat ins Rollen brachten, konnten von der Gegenseite nicht alle zurückgeschlagen werden, erweisen sich jedoch als nicht stichhaltig genug, um den parlamentarischen Untersuchungsausschuss zu einer klaren Entscheidung zu zwingen.

Man geht kaum fehl in der Annahme, daß die Journalisten, die es unternahm für ihre Pflicht und Schuldigkeit hielten, die Aufmerksamkeit auf die ihnen bekanntgewordenen Dinge zu lenken, heute voll erlautet über die Ergebnisse ihres Versuchs sind, zur Beilegung dieser Streitigkeiten im Staatskörper beizutragen. Hatten sie doch weder im Sinne eine Regierungskrise heraufbeschwören, noch den politischen Parteien Vorwand zu bieten, einen ideologischen Zweikampf von monatelanger Dauer anzuflechten. Sie wollten lediglich mit dem Finger auf eine Wunde im jungen Staatskörper weisen, damit man ein Pflaster darauf lege und sie heile, kurz und schmerzlos ohne Pöbel und Geißel.

Das Gegenteil hat man getan. Man hat mit parlamentarischen Säzessionsen in der Wunde gehöhrt und hier und dort, von politischen Erwägungen geleitet, einen rein materiellen zu prüfenden Fall auf das allgemeine politische Geschehen gebracht, auf das er ballastig nicht gehört. Der Leiter der Landespolizei gehört unseres Wissens keiner Partei an. Seine fachlichen Leistungen hätten gar nicht zur Debatte zu stehen. Weder die von Abgeordneten losen erwiderten Fragen, noch die von Abgeordneten Fehler erwiderten schlichten Zu-Behalte durfte auch nicht der sozialdemokratische Ulrich stellen, nicht der DVP-Mann Bernhard, nicht der KPD-Mann Nuding — Ernstig und offen wie die Frage, was strafschuldig dazuliegen und mordtätig zu werden, zu verurteilen oder zu verurteilen sei, hätte geprüft werden müssen. Alles andere war unpersönliches Belieben, das den Fall kriminalistisch-parlamentarisch lärm, den der „Fall Kienle“ nicht wert ist.

Man will den Deutschen oft vor, sie könnten nicht Maß halten, sie hätten zu kompliziert, sie sprängen von Tatsächlichem zu leicht in ideologische und dogmatische. Hier scheint ein Musterbeispiel diese Auffassung zu bestätigen: Man hat einen einfachen Vorgang auf Kosten des Ansehens der Demokratie verkompliziert. Taten dies schon die drei Regierungsparteien, so überließ sie nach der fanatischen Exponent der KPD, der als Memelekel eine unwahrscheinliche Verschönerung an die Wand des geduldeten Gebäudes in der Hauptstadt malte, sie höhnenden Schlüssel, ein KPD-Vertrauensraum für den SPD-Minister forderte, den die Bürgerlichen lediglich wegen der rationalisierten Formulierung nicht zustimmen konnten. Das Landtag billigt die Haltung des Innenministers in Sachen Dr. Kienle und spricht ihm das Vertrauen aus. Selbst der SPD-Fraktionführer Gehring drehte sich ungeschicklich um.

Man müßte diesen Antrag als Konsequenz der vorausgegangenen Verhandlungen und der lebhaften Debatte vertragen und bezeichnen ihn heute wohl mit Recht als feilliches Manöver der KPD. Hätte er gehalten, der Landtag spricht dem Innenminister trotz des Falles Kienle sein Vertrauen aus, so wäre man schnell zu einer Einigung gekommen. Man hätte die Sache auf den richtigen Namen gebracht und dem tüchtigen Innenminister einen besseren Dienst erwiesen.

Saarbrücken wahr sein deutsches Gesicht

Eine Fahrt durch das Saarland — Auf dem Wege zur politischen und kulturellen Autonomie

Heute, am 1. April 1949, jährt sich zum erstenmal der Tag, an dem die Zollgrenzen zwischen dem Saargebiet und Frankreich endgültig fielen und der wirtschaftliche Anschluß des Saarlandes an Frankreich praktisch vollzogen wurde. Dieses Jahr hat die Entwicklung fortgesetzt, die am 30. 11. 1947 mit der Umstellung auf die französische Währung ihren Anfang nahm.

Wenn man heute wieder die Hauptstraße Saarbrückens — die Bahnhofstraße — entlang geht, muß man anerkennen, daß der Neuaufbau dieser im letzten Weltkrieg zweimal evakuierten und schließlich zu 40 Prozent zerstörten Stadt gewaltige Fortschritte gemacht hat. Viele neue Geschäftshäuser sind aus den Ruinen entstanden. Ein moderner Baustil mit großen breiten Arkaden, die die Verbreiterung dieser Hauptgeschäftsstraße ermöglichen, geht auf die Anregung französischer Architekten zurück. Allerdings werden sich die fast utopisch erscheinenden Pläne dieser „Urbanisten“, die u. a. sogar den Bau einer Doferrundbahn für den Stadtkern vorsahen, nur zu einem kleinen Teil verwirklichen lassen, da es im Saar-

land wie überall an Kapital für solche Projekte fehlt.

Die großen Schaufenster zeigen ein reichliches Warenangebot jeder Art, seien es nun Lebensmittel, Textilien, Schuhe, Radios oder andere Gegenstände des täglichen Bedarfs. Das Interessanteste bei diesem Angebot ist, daß die Preise für Lebensmittel, die mit wenigen Ausnahmen (wie Schokolade und Kaffee) — auch die Bewirtschaftung von Milch und Butter wird ab Mai aufgehoben — nicht mehr rationiert sind, in der letzten Zeit stark fielen. Schweinefleisch, Speck und Schmalz kosten z. B. das Pfund 160 Francs, die Eier das Stück 13—15 Francs, Blumenkohl das Kilo 90 Frs., die 100-g-Tafel Schokolade 40 Frs. Der Bergarbeiter verdient im Monat ungefähr 25 000—30 000 Francs. Wenn man die deutsche Mark einmal mit 100 Francs gleichsetzt, was fast den tatsächlichen Verhältnissen entspricht, kann man eine richtige Beziehung zwischen Löhnen und Preisen finden. Es würde also bedeuten, daß der Bergarbeiter bei einem Schichtlohn von 10 DM für das Pfund Speck 1,80 DM bzw. für ein Ei nur 12 Pfennig

zu bezahlen hätte. Zigaretten gibt es von der billigsten Sorte von 1 Franc das Stück bis zu 10 Francs das Stück. Eine gute Mittelsorte würde also umgerechnet etwa 0,05 DM kosten. Diese wenigen Beispiele zeigen, daß heute an der Saar in Bezug auf das Essen schon wieder ein fast friedensmäßiger Zustand herrscht, wobei allerdings darauf hinzuweisen ist, daß die Bergarbeiterlöhne Spitzenlöhne darstellen und ein großer Teil der Arbeiter und Angestellten nur 15 000 Francs im Monat verdient.

Der saarländische Ministerpräsident Hoffmann, der den deutschen Besucher in seinem „Weißen Haus“ um Saarfrank empfangt, verheißt ihm nicht seine Sorgen. Noch wird die Saarkohle dringend gebraucht und restlos abgesetzt, aber sie entspricht nur zu einem Teil den Bedürfnissen des französischen Marktes, und es droht die Konkurrenz der billigeren und qualitativ besser geeigneten englischen Kohle. Außerdem ist die französische Kohlenförderung ständig im Ansteigen, so daß man jetzt in stärkerem Maß Ausschau nach dem früheren Absatzmarkt in Süddeutschland hält. Der französische Markt ist nicht so aufnahmefähig, um die gesamte saarländische Eisen- und Stahlproduktion abzunehmen. Hinzu kommt, daß die Gestehungskosten der Saarkohle besonders hoch sind. Das französisch-deutsche Handelsabkommen, in das das Saargebiet auf französischer Seite einbezogen ist, wirkt sich nur sehr langsam aus, und es werden bereits im Saarland lebhaft Zweifel laut, ob die vereinbarten Kontingente nicht nur auf dem Papier stehen.

Aus den Unterredungen mit den führenden Männern des Saarlandes wie auch mit dem einfachen Mann auf der Straße geht immer wieder hervor, daß man dort nicht daran denkt, sein Deutschtum aufzugeben. Das Bild Saarbrückens zeigt heute mehr denn je das Aussehen einer deutschen Stadt. Alle Geschäfte führen deutsche Warenhäuser, die Straßenschilder haben lediglich deutsche Beschriftungen und man hört fast nur die deutsche Sprache. Man kann sogar sagen, daß der französische Einfluß seit dem Abbau der Militärregierung in der äußerlichen Erscheinung sehr erheblich zurückgegangen ist. Das zeigt sich übrigens auch in anderer Beziehung. Während die im Aufbau befindliche saarländische Universität, die zunächst in Homburg war, fast ausschließlich französische Professoren hatte, sind heute an der Universität in Saarbrücken weitaus mehr deutsche als französische Professoren tätig, darunter viele aus dem ehemaligen deutschen Reichsgebiet, wie der bekannte Volkswirtschaftler Prof. Auffermann.

Die Saarländer sind mit allen Mitteln bestrebt, die Autonomie auf politischem und kulturellem Gebiet zu verwirklichen, und es besteht der Eindruck, daß die französische Politik einseitig genug ist, aus dem Saarland nicht ein französisches Département machen zu wollen. Die Saarländer blicken bei diesem Bestreben nach Deutschland und wollen die geistige Verbindung nicht verlieren. Sie verstehen es heute nicht, wenn man sie als Quilings bezeichnet oder von einem Kolonialstatut an der Saar spricht. Die Demontage ihrer Arbeitsstätten wäre ihnen sicher gewesen, wenn sie seinerzeit den wirtschaftlichen Anschluß an Frankreich abgelehnt hätten. Sie warten jetzt auf die größere Einheit der Europa-Union, die die leidige Grenzfrage für immer lösen und das Saarland als Bundesglied zwischen Frankreich und Deutschland stellen soll. (DENA)

„Fall Kienle“ noch nicht entschieden

(Fortsetzung unseres Landtagsberichts von Seite 1)

gespielt hätten. Die DVP sei der Auffassung, daß Dr. Kienle nicht die geeignete Person für den Posten des Landespolizeidirektors sei. Bei dieser Feststellung stütze sie sich auf den Minderheitsbericht, in dem Dr. Kienle für gebilligt wird, weil ihm die turbulenten Verhältnisse der Nachkriegszeit zugute gehalten werden. Das seien Worte, die man in einem Gnadenbesuch verwenden würde, falls jemand verurteilt worden sei. Wenn man aber ein Gnadenbesuch brauche, habe man eine Tat zu verantworten. Dr. Kienle sei nicht der berufenen Typus eines Polizeipräsidenten unserer Zeit. Was die Verdienste dieses Mannes angeht, so unterläge sie in Baden der Einschränkung, daß man auf dem Standpunkt stehe, auf dem Gebiete der Polizei sei zu viel geschoben. Es sei die Frage, ob nicht auch zu große Selbständigkeit der Landespolizei der Ausgangspunkt zu diesen Schwierigkeiten bilde. Außerdem mache man Dr. Kienle in Baden die Aufhebung des Polizeiparagrafen zum Vorwurf. Nach dem Rat hätten wir zwei kriegstarke Polizeiregimenter und weit mehr Polizisten, als es in Südbaden Gendarmen gebe. Er schlage dem Finanzausschuß vor, zu prüfen, ob diese Verdienste des Dr. Kienle sich nicht auf dem Rücken des Steuerzahlers abspielten.

Der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses, Abg. Nuding (KPD) machte Dr. Keiler darauf aufmerksam, er sei über die Materie hinzu-gegangen und habe neue Gesichtspunkte aufgeworfen, die er hätte an die Adresse des Ministerpräsidenten, Dr. Reinhold Maier, richten müssen. Auch die KPD habe sich stets dafür eingesetzt, daß man lieber mehr Geld für soziale Zwecke verwenden solle. Zur Arbeit des Ausschusses sagte er, hinter jeder Entscheidung habe das politische Gesicht der Partei des Antragstellers gestanden. Zweck des ganzen sei gewesen, die Polizei so schnell wie möglich politisch zu ändern. CDU und SPD hätten durch den Antrag einen Kompromiß geschlossen, jedoch werde die SPD geschlossen werden, den Skandal des Dr. Kienle auf den Opferaltar der CDU niederzuliegen. Um endlich Klarheit zu schaffen und Schluß mit dem Fall Kienle zu machen, schlage die KPD

vor, die Haltung des Innenministers in dieser Frage zu billigen und ihm das Vertrauen auszusprechen.

Der unter Bezugnahme auf den Bericht des Untersuchungsausschusses gestellte KPD-Vertrauensantrag für Innenminister Ulrich wurde in der Donnerstagssitzung durch den in diesem Bericht gefaßten Landtagsbescheid für erledigt erklärt und von dem sozialdemokratischen Abg. Möller als rein taktisches Manöver bezeichnet.

Radio-Gesetz angenommen

Der Landtag nahm am 30. September ein Gesetz an, durch das das bereits am 30. September 1948 verkündete Gesetz wieder außer Kraft tritt. Als Sprecher der SPD betonte Abg. Möller, seine Fraktion stimme diesem Gesetz zu, weil sie es für richtig halte, daß auch bei Radio Stuttgart möglichst bald die Gelegenheit zur deutschen Mitwirkung gegeben werde. Das neue Gesetz sieht drei Instanzen vor: Den Rundfunkrat, den Verwaltungsrat und den Intendanten. Der Rundfunkrat erhält die Befugnisse einer Hauptversammlung, der Verwaltungsrat die eines Aufsichtsrats und der Intendant die Befugnisse eines Vorstandes. Er hat zugleich als Vorsitzender der Entschuldigungsbehörde. Radio Stuttgart wird in Zukunft die Bezeichnung: Süddeutscher Rundfunk tragen. Nach dem Gesetz dürfen die Einnahmen des Süddeutschen Rundfunks nur für eigene Zwecke verwendet werden. Etwas Ueberschüsse sind rundfunkfördernden Zwecken vorbehalten.

Mindesturlaubsgesetz verlängert

Das Gesetz über die Regelung des Mindesturlaubs in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst wurde um ein weiteres Jahr verlängert. Demnach steht Jugendlichen unter 18 Jahren ein Mindesturlaub von 34 Arbeitstagen, Arbeitnehmern über 18 Jahren ein solcher von 12 Arbeitstagen im Jahr zu. Der Urlaub ist in Form von Freizeit zu gewähren. Die Abgeltung des Urlaubs ist bei Jugendlichen nicht, bei Arbeitnehmern über 18 Jahre nur insoweit, statthalt, als er wegen Beendigung des Arbeitsverhältnisses nicht mehr in Form von Freizeit gewährt werden kann.

Unsere letzten Meldungen

STUTTGART. Die Regierungen von Südbaden, Hohenzollern und Württemberg-Baden haben eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht, in der sie feststellen, daß die Frage der Erhaltung der einzelnen Verwaltungen beim Südweststaatsproblem überhaupt keine Rolle spielen ausschlaggebend seien allein die für die Gesamtheit nützlichen Gesichtspunkte.

BERLIN. West- und ostdeutsche Politiker arbeiten an einem Kommuniqué, in dem sie nachweisen, daß ihre Ideologien eigene Schöpfungen sind.

BERLIN. Die Sender Leipzig, Hamburg und Frankfurt wollen in Absonderung von ihrem sonstigen Programm eine tägliche Gemeinschaftssendung „Die deutsche Stunde“ senden.

MÜNCHEN. Wie aus sicherer Quelle verlautet, hat der Anwalt im Hitlerischen Nachlassverfahren Antrag auf Einsetzung seines Mandatars in die Gruppe der Mitläufer gestellt, da er nachweislich die Mitgliedsnummer stehen gehabt habe.

WOLFSBURG. Um die deutsch-englischen Beziehungen nicht zu stören, hat die Deutsche Rechtspartei in Wolfsburg beschlossen, künftig an Stelle des Deutschlandliedes die Internationale zu singen.

NEW YORK. Nachdem einige Firmen zu der New Yorker Ausstellung aus politischen Gründen nicht zugelassen werden konnten, sollen jetzt zahlreiche, nicht-entnazifizierte Patente an Deutschland zurückgegeben werden.

DEN HAAG. Die Beneluxländer erklären, daß sie zu dem Zeitpunkt, als sie die von der Bevölkerung stürmisch gewünschten Grenzkorrekturen beantragten, keine Kenntnis von dem Öl- und Kohlevorkommen in diesen Gebieten gehabt hätten.

Wie sämtliche Nachrichtenagenturen ausnahmsweise übereinstimmend mitteilen, ist Herste der 1. April.

Deutschland-Rundschau

VEREINTE WESTZONEN

Stuttgart. Der württemberg-badische Landwirtschaftsminister Heinrich Stöckl kehrt am Dienstag von einer zweimonatigen Studienreise durch die Vereinigten Staaten zurück — Rothenburg o. T. Die seit Monaten viel diskutierte Spielbank wird nach Mitteilung des Verkehrsamts der Stadt voraussichtlich am 30. April eröffnet werden. — Osnabrück. Die Polizei verhaftet den ehemaligen Leiter des Konzentrationslagers Riga, den SS-Offizier Hermann Wiering. Wiering wird beschuldigt, jüdische Insassen des Lagers getötet und mitschuldig zu haben.

WESTOBERLAND BERLIN

Polen. Auf Anordnung des obersten Chefs der SMV wird in der sowjetischen Besatzungszone und im Ostsektor Berlins am 10. April 1949 die Sommerzeit eingeführt. — Dresden. Der Parteipräsident von Dresden, Opatz, soll, wie das „Mitteilungsblatt“ meldet, im Zuge einer „Säuberungsaktion“ seines Postens enthoben werden. Gleichzeitig sollen außerdem 14 Beamte der sächsischen Landesregierung auf Veranlassung der SMV aus ihren Ämtern entlassen werden sein.

(Alle nicht gesicherten Nachrichten: DENA)

Listen-Nummer US-WB 118. Herausgeber und Chefredakteur: Felix Richter, Stuttgarter Correspondent Heide A. Brandt. Redaktionsmitglieder: Max Genschky, Heinz Heig, Wilh. Haptenauer, Rudolf Jehn, Hans Moos, Dr. W. Oberkamp, Otto F. Feilcke, Hildegard Pfeiffer, Adolf Rohrzahn, Josef Werner. — Mit vielen Vertriebswegen gesicherte Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Nachdruck von Originalbeiträgen nur mit Genehmigung des Herausgebers. Nicht beantwortet für überlieferte anonyme Manuskripte. Preis: 1,-. Verlag: Süddeutsche Allgemeine Zeitungverlag GmbH, Verlagsdirektor: Dipl.-Ing. Siegfried Lehmann.

Dort drüben in Overmanns Bude

ROMAN VON GEORG RYDBERG

22. Fortsetzung (Nachdruck verboten)

Er ordnete an, daß man die Versteigerung sofort absetze, denn der Schuldbetrag würde telegraphisch überwiesen. Man versprach ihm, bis zum Nachmittag zu warten, und Jupp sandte sofort unter falschem Namen das Geld an die Neue Bank.

Dann verbrachte er ein paar Stunden in Köln und fuhr zurück nach München-Gladbach. Als er sich dort auf sein Rad schwang, um heimzuredeln, erschien ihm das Leben so schön, als nie zuvor. Frei, leicht, hoffnungsvoll, die Zukunft gehörte ihm, er hätte einen Weisen, für das er sein Leben hingeben wollte, einen großen Dienst erweisen können und, was ihm mit wilder Freude erfüllte, das Schicksal gab ihm nunmehr seine beiden Totfeinde in die Hand.

Das Barometer war zwar gefallen, aber das Wetter blieb unverändert schön. In den hellen Sommerlichtern, wo jede Silhouette sich silber vom Himmel abzeichnet, konnte die geplante Schmutzunternehmung nicht ausgeführt werden. Um Mia nicht durch Fragen stütz zu machen, unterließ es Jupp, davon zu sprechen. Er wollte warten, bis sie ihm von selbst sagen würde, in welcher Nacht die Bande die Abfahrt ausfuhr. Inzwischen verrichtete er gemeinsam mit ihr die Arbeiten auf der Farm.

Er vermied es, ihr schroff zu begegnen, obwohl ihm eine innere Stimme sagte, daß sie mit Argwohn und Haß gegen die Frau vom Lindenhof erfüllt war und ihn heimlich beobachtete. Um jeden Verdacht in ihr zu zerstreuen, überwand er seinen wachsenden Groll gegen sie und erwiderte gleichmäßig ihre Zärtlichkeiten. Um sie nicht zu reizen, schützte er Kopfschmerzen vor, die ihn seit dem Faustschlag, der jene schwere Gehirnerschütterung verursachte, oft tagelang plagten. Sie schien es zu verstehen, aber wenn er dann in seiner Kammer lag, lauschte er stundenlang angestrengt, ob er Geräusche im Hause hörte. Und wirklich regte sich etwas gegen Morgen. Es klang wieder, als ob draußen jemand eine Last abstellte. Leise schien das Tor geöffnet zu werden. Die Kellertür klapperte kaum vernnehmbar, dann wieder lange Stille. Und jetzt, kaum hörbar, Schritte auf der Treppe, die ketten Ton mehr von sich gab. Man sah den Kowarsen besesselt zu haben. Er war befriedigt. Er hätte aufstehen, die Laterne, die er nun stets in seiner Kammer hatte, anzünden können und sie auf die Friedhofsmauer stellen. Die Zöllwächter wären nach einer Weile gekommen, hätten das Haus umstellt, und Hin-

richs, der oben bei Mia war, gefangen genommen. Aber alles das erschien ihm noch zu gering für seine Rache.

Mehrere Tage blieb es weiter schön. Inzwischen hatte die Köhler Bank ihm die Ausführung seines Auftrags bestätigt. Er freute sich den Lindenhof gerettet und die Sorge von Frau Dressel genommen zu haben. Es zog ihn zu ihr, er mußte sie wiedersehen, ihre Stimme wieder hören, er sehnte sich nach ihren Worten. Gegen Abend zog er seinen guten Anzug an und scherte mit Mia, damit sie durch seinen Spaziergang nicht wieder in Wat gebracht würde. Als er sich am Gatter lehnd, von ihr verabschiedete, war sie jedoch ganz ruhig und machte ihm keine Szene. Sie sagte, sie hätte durch Leute im Dorf erfahren, daß Dressels den Lindenhof weiterhalten könnten und daß die Versteigerung nicht stattfinden werde. Jupp tat ersichtlich, plötzlich umschlang ihn Mia mit beiden Armen und preßte ihn an sich.

„Bleib hier, Jupp,“ flüsterte sie ihm ins Ohr.

„Ich komme doch wieder zurück zu dir,“ meinte er beschwichtigend.

Sie wurde erregt. „Ich will nicht daß du mit ihr beisammen bist! Ich will es nicht, du sollst mit allein lieb haben, sonst niemand!“

„Hast denn du nur mich allein lieb?“ fragte er verächtlich.

Sie schwieg, dann gab sie ihm einen Stoß, daß er taumelte.

„Geh, geh!“ fauchte sie, „aber hüte dich vor mir!“ Dann lief sie ins Haus

zurück und schlug krachend die Tür zu.

Er sah ihr nach und preßte seinen Mund zusammen, um ihr nicht eine freche Bemerkung nachzurufen, die ihn in den Lippen lag. Er wollte, daß ihre Stunde geschlagen hätte. Das gab ihm Kraft, sich zu beherrschen.

Als er am Lindenhof ankam, war es noch ziemlich hell. Frau Dorte stand im Garten und arbeitete in den Beeten. Kaum sah sie ihn durchs Gebüsch kommen, als sie die Gleichkammer hinstellte und ihm entgegenkam. Sie war voller ruhiger Heiterkeit aber ihr Gesichtchen bedeckte flammende Röte.

„Sind Sie böse, daß ich schon wieder da bin?“ fragte er.

„Ich dachte mir, Sie würden vielleicht heute kommen, Herr Schmutzger. Mein Mann schläft, ich kann ihn nicht stören. Sind Sie denn nicht überrascht, daß wir überhaupt noch da sind?“

Er mußte natürlich so tun, als ob er überrascht wäre.

„Hat sich irgend etwas ereignet?“ fragte er voll Interesse.

„Ja, ein Wunder, ein richtiges, hundertprozentiges Wunder, wie es mir der liebe Gott vollbringt, und wenn Sie es nicht glauben, ich fände es ganz natürlich.“

Sie seufzte sich auf die Bank und nun betitelte sie, was Jupp bereits wollte.

„Und Sie haben keine Ahnung, wer der liebe Gott gewesen ist?“

fragte er, immer noch den Erstaunen spielend.

Sie sah ihn eine Weile an.

„Hören Sie, Herr Vries,“ ohne den Blick von ihm zu lassen, „wenn ich nicht wüßte, daß Sie so arm wie eine Kirchenmaus sind — ich hätte Sie im Verdacht, aber woher sollten Sie so viel Geld nehmen? Das ist doch ein Vermögen!“

„Ja — natürlich,“ meinte er, „ich hätte Ihnen ebenso gerne geholfen, wenn es mir möglich gewesen wäre, aber —“ er wagte es, ihre Hand zu ergreifen und festzuhalten — „wie kommen Sie dazu, mich in einem so schönen Verdacht zu haben?“

„Weil —“ sie zögerte und konnte nicht aussprechen was sie sagen wollte.

Auch er schwing. Jetzt wußte er, daß sie seine Erbarmlichkeit kannte, daß sie ihn dieses großen Opfers für Jupp hielt, daß sie sein Gefühl erriet. Ein Hauch stiller Freude erfüllte ihn, aber er durfte nicht eingestehen, das Geld, mit dem er sie getötet hatte, war schmutziger Herkunft, nie hätte sie es angenommen. Ihm genügte es vollständig, sie aus der Bedrängnis heraus zu haben.

„Ich kann mit meinem Mann nicht über die merkwürdige Hilfe sprechen,“ fuhr sie fort, „er weiß ja gar nicht, wie schuldig es um ein stand. Jede Aufregung verwirrt ihn, und sofort vergißt er, wo er ist, er fängt an, ihre zu reden und zu phantasieren. Wie soll ich ihm unsere seltsame Rettung mitteilen, ohne ihm zu schaden?“ (Fortsetzung folgt)

